Herr Lorenz wirbt dafür, den Tagesordnungspunkt in den Fachausschuss zu verweisen. Seiner Meinung nach gehe es häufig schief, wenn sich die Gemeinde an einer Gesellschaft beteilige und unternehmerisch tätig werde. Herr Lorenz schildert mit Blick auf die anwesenden Zuschauer den Sachverhalt. Die Rhenag habe eine Tochtergesellschaft gegründet und im Rhein-Sieg-Kreis bei Kommunen dafür geworben, sich mit einer Kapitaleinlage von 5.000 Euro an der Gesellschaft zu beteiligen mit dem Ziel, regenerative Energien einzuführen. Der Geschäftsführer habe im Hauptausschuss berichtet, dass man den Zugang zu Grund und Boden haben möchte. Deshalb wolle man die Gemeinde mit ins Boot holen und seinem Eindruck nach Wettbewerb verhindern. Seinerzeit sei das Gesprochene nicht gleich gewesen mit dem Geschriebenen. Mit dem heutigen Beschluss wolle man das nun gleich machen. Mit Blick auf die Entwicklungen aufgrund des EEG-Gesetzes und die ständig steigenden Strompreise wisse man heute nicht, ob sich dies für die Gemeinde noch rechne, da aktuelle Änderungen in der Landes- und Bundespolitik anständen. Er zitiert aus dem formulierten Unternehmensgegenstand „Sie fördert darüber hinaus den Umwelt- und Klimaschutz, insbesondere fördert sie Entwicklung und Betrieb von Techniken zur Nutzung erneuerbarer und regenerativer Energie“. Dies heiße, dass man in die Speicherung von Energie investieren möchte. Dabei rede man am Ende nicht über ein paar tausend Euro, sondern über zweistellige Millionenbeträge. Dies könne nicht Aufgabe der Gemeinde oder der Gesellschaft sein. Daher rate er dringend, das Thema ggf. unter Hinzuziehung externer Beratung in den Fachausschuss zu verweisen. Er habe einen Amtseid geschworen, Schaden von der Gemeinde fernzuhalten. Daher könne er an dieser Stelle dem Antrag nicht zustimmen.

Der Bürgermeister sieht dies anders. Nirgendwo sei vorgesehen, mehrere hunderttausend Euro in Speichertechnologien zu investieren. Hier gehe es ausschließlich um die Erweiterung des Unternehmensgegenstandes der Entwicklungsgesellschaft Eitorf, um für die Zukunft die Option zu haben, im Bereich Klimaschutz und Energie tätig zu werden, soweit dies sinnvoll erscheint. Damit sei kein Automatismus verbunden. Die Beteiligung an der *energienatur* erfordere ein Kapital von 5.000 Euro. Dies sei auch die maximale Haftung. Im Grunde gehe es darum, in diesem Themenbereich den „Fuß in der Tür“ zu haben.

Herr Sonntag schließt sich diesem Wortbeitrag an. In einer Zeit, in der sich auf dem Energiesektor viel bewege und verändere, sei es wichtig, gute und verlässliche Partner zu haben, wie die *energienatur*. Der Rat habe sich ohnehin schon für die Beteiligung ausgesprochen. Die Abwicklung erfolge über die Entwicklungsgesellschaft. Der Unternehmensgegenstand sei um Umwelt- und Klimaschutz erweitert worden wie auch die Möglichkeit, der Beteiligung an anderen Unternehmen. Damit habe er kein Problem. Die CDU stehe nach wie vor für die Beteiligung.

Herr Dr. Peeters hält eine Beteiligung auch mit Blick auf den Schwerpunkt Energiespeicherung für wichtig. Diesbezüglich nennt er als eines der Beispiele Schwefelnatriumbatterien, die über eine sehr hohe Energiedichte verfügten. Diese wären durchaus geeignet, auch auf Gemeindegebiet aufgestellt zu werden.

Herr Langer weist daraufhin, dass die Beteiligung im Grunde ja schon beschlossen sei. Heute gehe es um die Erweiterung des Gesellschaftervertrages, die er textlich voll unterschreiben könne. Aus mehreren Gründen, u.a. die aktuellen Entwicklungen in der Braunkohlestrategie, würden solche Themenbereiche immer wichtiger.

Auch Herr Gräf bestätigt, dass im Grunde ein bereits gefasster Beschluss heute legalisiert werde. Es würde eine Option geschaffen. Vertreter des Rates seien ohnehin in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungsgesellschaft vertreten und könnten Einfluss nehmen. Herr Lorenz habe seine eigene Meinung vorgetragen, die FDP-Fraktion vertrete aber in der Breite diesbezüglich eine klare Position für eine Beteiligung.

Herr Lorenz bezieht sich noch einmal auf die Ausgangsdiskussion. Damals sei die Frage gestellt worden, was sei, wenn mehr Geld erforderlich würde. Der Geschäftsführer habe damals geantwortet, dass dann Nachschusspflicht oder Nachschussmöglichkeit bestehe.

Nachdem sich keine weiteren Wortbeiträge mehr ergeben, lässt der Bürgermeister abstimmen.